

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 113. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **17 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, weise ich darauf hin, dass wir gestern die Änderung der heutigen Tagesordnung beschlossen haben. Als neuer Tagesordnungspunkt 7 wird die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/8335 betreffend das Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes aufgerufen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Wir setzen zunächst unsere Haushaltsplanberatungen von Mittwoch, 28. Januar 2009 fort. Dazu rufe ich auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7000, 14/7900

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/8000 – 14/8006,
14/8008, 14/8010 – 14/8015, 14/8020

Änderungsanträge
Drucksachen 14/8368 – 14/8449,
14/8451 – 14/8483

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2008 bis 2012 mit Finanzbericht 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 14/7001

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002, 14/7900

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8017

zweite Lesung

Wir **setzen die Haushaltsberatungen fort.**

Zur Erinnerung noch einige Hinweise zum Ablauf: Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt jeweils die Abstimmung über den Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, so wird zunächst über diesen Änderungsantrag abgestimmt.

Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2009 in zweiter Lesung erfolgt heute mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz. Heute ist ebenfalls über die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu entscheiden.

Zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr finden auch heute keine Abstimmungen statt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

**Einzelplan 05
Ministerium für Schule und Weiterbildung**

Hierzu gibt es die Beschlussempfehlung, die uns als Drucksache 14/8005 vorliegt, und Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Schäfer für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Wir erinnern uns: Vor der Landtagswahl 2005 wurde die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers nicht müde, den Menschen in Nordrhein-Westfalen kleinere Klassen zu versprechen. Nach drei Jahren und acht Monaten in Regierungsverantwortung hat dieses Versprechen des Ministerpräsidenten gestern in der Fragestunde zwischen 15 und 16 Uhr völlig unerwartet ein trauriges Schicksal ereilt. Die Schulministerin hat dieses zentrale Wahlversprechen des Ministerpräsidenten, nämlich bis 2010 kleinere Klassen einzurichten, schlicht einkassiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auf Nachfrage räumte sie dieses auch unumwunden ein. Dieser eindeutige Wortbruch der Landesregierung ist damit im Protokoll der Plenarsitzung für jeden nachlesbar und damit aktenkundig. Am

Anfang stand das Wort und am Ende der Wortbruch. Das ist die traurige Bilanz des gestrigen Tages für die Schulen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Wir erinnern uns: „Keine Experimente auf dem Rücken der Kinder!“ So lautete das Credo des Ministerpräsidenten für die Bildungspolitik. Nach drei Jahren und acht Monaten Ihrer Regierungsverantwortung macht sich Ernüchterung breit. Die Stimmung in den Schulen und in den Elternhäusern in Nordrhein-Westfalen ist so schlecht, wie wir es in 39 Jahren nicht erlebt haben.

(Beifall von der SPD – Lachen und Widerspruch von der CDU)

– Herr Kaiser, Herr Recker, hören Sie einmal zu; es ist ja schön, dass ich Sie jetzt geweckt habe. – Allein das letzte Jahr brachte uns eine unglaubliche Serie von Pleiten, Pech und Pannen. Ich erinnere an das peinliche Pannenabitur mit dem „Oktaeder des Grauens“,

(Zuruf von der CDU)

für das Sie jetzt auch noch eine Pannenversicherung beim Institut für Schulentwicklung in Dortmund abgeschlossen haben, die den Steuerzahler in den nächsten zwei Jahren eine Million € kosten wird.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Diese teure Absicht ist sehr durchschaubar: Sie wollen sich als verantwortliche Landesregierung beim nächsten Abitur vorsorglich aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall von der SPD)

Ich frage Sie: Warum nehmen Sie diese eine Million € eigentlich nicht und geben sie den Obdachlosenzentren?

(Beifall von der SPD)

Sie spielen sich auf und sprechen sich gegen soziale Kälte aus, aber wenn es darauf ankommt, stehlen Sie sich überall aus der Verantwortung!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich erinnere an das Kopfnotenchaos, bei dem, Herr Lindner, um die Anzahl der Noten zwischen Ihrer Fraktion und der CDU-Fraktion wie auf einem orientalischen Basar gefeilscht wurde.

Offensichtlich ist die Vergabe dieser Noten so aufwendig, dass Sie sich im letzten Jahr per Weihnachtserlass entschieden haben, den Schulen dafür zwei unterrichtsfreie Tage zu genehmigen. Zwei unterrichtsfreie Tage bedeuten allerdings gleichzeitig eine Million Stunden Unterrichtsausfall und übrigens auch einen dicken Koalitionskrach zwischen FDP und CDU.

Ich erinnere an die Unzufriedenheit und die Empörung der Eltern der Schülerinnen und Schüler an

den Gymnasien nach der Einführung Ihres Turboabiturs. Die Schulzeitverkürzung ist fast ausschließlich in der Sekundarstufe I umgesetzt worden, und damit ist eine unzumutbare Unterrichtsverdichtung in den unteren Klassen die Folge – ohne passende Bücher und ohne angepasste Lehrpläne.

(Zuruf von der CDU)

Wie formulierte unser Ministerpräsident? „Keine Experimente auf dem Rücken der Kinder!“ – Er hatte die Rechnung wohl ohne Frau Sommer gemacht.

(Beifall von der SPD)

Der Groll der Eltern nahm zu, und die Schulministerin kam auf die Idee, am Samstag wieder unterrichten zu lassen. Ein Sturm der Entrüstung gipfelte zu Recht in dem Slogan „Ganztag statt Samstag“ und brachte damit die gesamte Landesregierung unter Druck.

Was wir dann in NRW beobachten konnten, gleicht einem bekannten Muster: Diese Landesregierung lässt die Kommunen bei der Ausstattung des Ganztages an weiterführenden Schulen im Regen stehen. Aus der Not geboren stellen Sie nach massivem Druck ein Miniinvestitionsprogramm für den Ganztag an Realschulen und Gymnasien auf. Die Kommunen müssen ernüchtert feststellen, dass man, wenn man 100.000 € Landesmittel haben möchte, gleichzeitig selbst 100.000 € kommunales Geld zur Verfügung stellen muss.

(Zuruf von der CDU)

Fifty-fifty-Förderung! 90 : 10 ist die übliche Förderung.

(Zuruf von der CDU)

In dieses weitere Jahr Ihrer verkorksten Bildungspolitik

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

passt dann auch die eigens von der CDU in Auftrag gegebene Umfrage, Frau Pieper-von Heiden, die die größten Probleme der Schulen in Nordrhein-Westfalen offenlegt: Zu wenige Lehrer, sagen 84 %. Zu viel Stundenausfall, sagen 73 %. Zu große Klassen, sagen 70 %. Das ist Ihre eigene Umfrage.

Zu dem Zeitpunkt, als Sie Ihre eigene Umfrage gemacht haben – im Jahr 2008 –, hatten Sie angeblich bereits 3.500 Lehrer gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung eingestellt. Nur, in den Schulen kommen diese Lehrer offensichtlich gar nicht an.

(Zuruf von der CDU)

Den Beweis dafür präsentierte die Landesregierung letztes Jahr selbst mit einer Unterrichtsausfallstatistik. Sie sollte belegen, dass der Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen halbiert worden sei. Eine Stichprobe wurde für alle Schulen hochgerechnet.

Diese Statistik hatte aber einen bemerkenswerten Schönheitsfehler. Sie legte gleichermaßen dar, dass die von der Landesregierung immer wieder vorgegaukelte Lehrerstellenversorgung von im Schnitt 104 % für die Schulen nur auf dem Papier Bestand hatte. In der Realität waren im Februar 2008 an den Schulen nur ca. 100 % angekommen.

(Zuruf von der CDU: Und früher? – Weitere Zurufe von der CDU)

Dies wiederum hochgerechnet bedeutet: 5.800 Lehrerstellen existieren nur auf dem Papier! Der virtuelle Lehrer war enttarnt.

(Zuruf von der CDU: Wie war es denn früher? – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Landesregierung versucht zwar, mit einer abenteuerlichen Argumentationsakrobatik den Nachweis anzutreten, dass die 2 % Unterrichtsausfall, die mit derselben Untersuchung an denselben Schulen gemessen wurden, repräsentativ sind, die Zahl der offenen Stellen aber offensichtlich nicht.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Schäfer, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock.

Ute Schäfer (SPD): Ich möchte gerne meine Rede zu Ende vortragen; danach dürfen Sie zwischenfragen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das ist aber schade!)

– Sie kommen später noch zu Ihrer Frage, Herr Ellerbrock.

Ein gründlicher Blick in den Haushaltsentwurf 2009 untermauert diese Trickserie. Es gibt eine strukturelle Lücke zwischen Ankündigung und Realität. Auf Seite 338 des Erläuterungsbandes zum Einzelplan 05 – vielleicht haben Sie alle mal reingeschaut – schreibt die Landesregierung vollmundig: „Die Lehrerversorgung war im Schuljahr 2007/2008 gesichert. Über alle Schulformen ... betrug der Deckungsgrad ... 103,8 %.“

Wir erinnern uns: Die Statistik zum Unterrichtsausfall hatte 100 % ergeben. Warum, das können wir genau auf dieser Seite 338 nachlesen. Sie benötigen nämlich nur zwei Absätze auf dieser Seite im Erläuterungsband, um sich selber in der Frage der Bedarfsdeckungsquote von 103,8 % zu widerlegen. Sie legen auf dieser Seite dar, dass aufgrund der sogenannten Kienbaum-Lücke immer noch 4.300 Stellen im System fehlen.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

Das steht auf derselben Seite. Wie kommentieren Sie diesen Widerspruch, Frau Sommer? Ich will an dieser Stelle nichts verschleiern und verschweigen, sondern deutlich machen, dass die Kienbaum-Lücke von Ihnen als Altlast vorgefunden wurde.

Allerdings haben wir in dem letzten Haushaltsplan, den wir zu verantworten hatten, dieses ganz klar dokumentiert und keine heile Welt der Unterrichtsversorgung vorgegaukelt.

(Beifall von der SPD)

Uns war an Transparenz und Ehrlichkeit gelegen – als wichtigstem Kriterium für das Parlament bei der Beratung.

Doch die nächste strukturelle Lücke kommt gleich hinterher. Die Zuweisung der Lehrerstellen erfolgt nach Klassengröße. Für die Grundschule und die Hauptschule sind das 24 Schülerinnen und Schüler. Geregelt ist dies in einer Verordnung zur Ausführung von § 93 Abs. 2 des Schulgesetzes. In seiner eigenen Statistik zum Schuljahr 2007/2008 stellt das Schulministerium fest, dass im Schnitt in der Grundschule 23,4 und in der Hauptschule 21,9 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse sind. Wenn die Lehrerzuweisung dann aber anhand der Klassengröße 24 vorgenommen wird, wie Sie es tun, fehlen diesen Schulen in logischer Konsequenz Lehrerinnen und Lehrer, und zwar nicht zu knapp.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nach meinen Schätzungen macht das ca. 2.000 Lehrerstellen aus, die aufgrund dieser Berechnungsgrundlage in Ihrem Haushaltsplan fehlen, um die Grundversorgung der einzelnen Klassen abzusichern.

Frau Sommer, können Sie diese Differenz zwischen Zuweisung und Berechnung bitte gleich aufklären? Das würde mich wirklich sehr interessieren. Den rund 6.915 Stellen, die Sie im Haushaltsplan als neu geschaffene Lehrerinnen- und Lehrerstellen ausweisen und die auf dem Papier stehen, stehen nach meinen Ausführungen 6.300 Lehrerstellen gegenüber, die den Schulen strukturell fehlen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Luftblasen!)

Ihr Wahlversprechen, den Unterrichtsausfall mit 4.000 zusätzlichen Stellen zu bekämpfen, löst sich in Luft auf –

(Beifall von der SPD – Hannelore Kraft [SPD]: Ja!)

auch das Versprechen an die Weiterbildungslandschaft. Denn vor der Wahl haben Sie gesagt, Sie wollen die Mittel erhöhen. Nach der Wahl haben Sie kalt lächelnd 13,5 Millionen € gestrichen. Unserem Antrag, 8 Millionen € aufzustocken, haben Sie nicht entsprochen. So begreifen Sie Regierungsverantwortung. Ich sage: Das ist Regierungsunverantwortung.

(Beifall von der SPD – Hannelore Kraft [SPD]: Genau!)

„Versprochen – gebrochen“ ist ein Markenzeichen Ihrer Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Getrickst und getäuscht haben Sie mit der Vorlage

dieses Einzelplans 05. Ihr Haushalt ist aus meiner Sicht ein Produkt für das Phantasialand. Ihre Versprechen sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Schäfer. – Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schäfer, wenn es eines Beweises bedurft hätte, warum Sie abgewählt worden sind, braucht man sich Ihre Rede heute nur noch einmal durchzulesen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Och!)

Es ist unglaublich, was Sie morgens um viertel nach zehn für eine Schimpfkanonade loslassen.

(Bodo Wißen [SPD]: Wann stehen Sie denn sonst auf?)

Sie haben nicht einen Satz dazu verloren, wie Ihre eigenen Pläne aussehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das zeigt, warum Sie abgewählt worden sind: weil Sie konzeptionslos waren und im Bildungsbereich gnadenlos gekürzt, aber laute Propaganda darübergelegt haben. Wie Sie das heute dargestellt haben, das war das beste Beispiel.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn man sich mit der Wirklichkeit befasst, ergibt sich Folgendes: Ich hatte gestern ein Gespräch mit unserem Minister, meinem Landtagskollegen Oliver Wittke, der mit der Bemerkung abschloss, dass ich zu den Glücksrittern der Koalition gehöre; denn ich dürfe einen Bereich vertreten, in dem es immer nur um mehr Geld gehe. – Natürlich hatte er recht.

(Lachen von Hannelore Kraft [SPD])

Ich bin stolz drauf, dass ich bei diesen Haushaltsplanberatungen wiederum das Fazit ziehen kann: Auch 2009 wird in Nordrhein-Westfalen deutlich mehr Geld für Bildung ausgegeben.

(Beifall von CDU und FDP)

In Anlehnung an die Bemerkung von Oliver Wittke kann ich daher feststellen: Mehr Geld für Bildung ist nicht nur wohltuend für die Bildungspolitiker in unserem Lande, sondern mehr Geld für Bildung heißt auch mehr Chancen für die jungen Menschen in unserem Lande. Diese frohe Botschaft tue ich gerne kund, und man kann sie gar nicht oft genug wiederholen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kraft, was soll man bei 1,4 Milliarden € mehr für Schule und Bildung noch sagen? Das ist mehr; da können Sie herumrechnen, wie Sie wollen. Sie sind vollkommen unglaubwürdig.

(Beifall von der CDU)

Es gibt mehr Geld für Bildung, und damit ist eindeutig ein Fakt gesetzt.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Lautstärke ersetzt auch nicht die guten Argumente.

(Hannelore Kraft [SPD]: Nehmen Sie mal zu den Fakten Stellung!)

– Frau Kraft, ich bin doch dabei. Lassen Sie mich doch mal zu Ende führen. Ich singe auch nicht dazwischen, wenn Sie reden, auch wenn es mich manchmal reizen würde.

Deshalb unser Dank an den Finanzminister und an Frau Sommer, die erreicht haben, dass der Bildungsetat im laufenden Jahr 2009 weiter erhöht wird.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Innerhalb der Haushaltsplanberatungen werden sich die Ministerin und Berni Recker sicher gleich mit dem Ganzttag und mit vielen Zahlen und Belegen im Einzelnen befassen, Frau Kraft.

Ich möchte hier ein Stück politische Zwischenbilanz ziehen. Zunächst einmal haben wir uns das Ziel gesteckt, mehr und bessere individuelle Förderung zu erreichen. Als wir im Jahr 2006 das neue Schulgesetz in Kraft setzten, stieß man gelegentlich auf ein leichtes Lächeln, wenn wir gesagt haben, die zentrale Zielvorgabe des neuen Schulgesetzes sei die Verbesserung der individuellen Förderung. Die vollkommene Zentrierung des schulischen Betriebs auf die einzelne Schülerin, den einzelnen Schüler wurde leicht polemisch oder überzeichnet dargestellt. Heute wird das nicht mehr belächelt. Heute ist es Allgemeingut der bildungs- und schulpolitischen Diskussion – bundesweit –, dass die individuelle Förderung der Schlüssel zu mehr Bildungserfolg ist.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen hat da bundesweit eine Vorreiterrolle. Das war zu Ihrer Zeit nicht so.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Lächerlich!)

Wir haben dafür gesorgt, dass die individuelle Förderung Einzug in den Alltag unserer Schulen erhält.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

– Wer war das denn jetzt? Herr Link? – Der ist noch gar nicht da. Schulpolitiker müssen ja auch früh aufstehen.

Das ist geschehen durch mehr und gezieltere Fortbildungen zu diesem Thema, durch gezielte Förderungen gegen das Sitzenbleiben und Wiederholen, durch gezielte Sprachtests und Sprachförderung, durch mehr Freiräume im Stundenplan für gezielte Förderung besonders leistungsstarker und auch leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler, durch mehr Lehrer und durch mehr Ganzttag, durch mehr Unterricht und durch weniger Unterrichtsausfall.

(Beifall von der CDU)

Das ist etwas ganz anderes als das, was Sie in den 39 Jahren an den Tag gelegt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, auf eines sind wir ganz besonders stolz: Durch unsere Schulpolitik ist mehr soziale Gerechtigkeit erreicht worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Nachweislich hat unser Land bei der Durchbrechung des fatalen Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg die größten Fortschritte gemacht.

(Lachen von Bodo Wißen [SPD])

Nach drei Jahren schwarz-gelber Regierung können wir sagen: Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern und aus Migrantenfamilien bekommen in unserem Bildungssystem bessere Chancen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege.

Klaus Kaiser (CDU): Ich möchte keine Zwischenfragen beantworten.

Deshalb sind alle zusätzlichen Ressourcen wichtig, deshalb sind bei uns alle zusätzlichen Ressourcen im Bildungsbereich gut angelegt. Nach 39 Jahren Sonntagsreden zur Chancengleichheit befinden wir uns auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir können mit dem Erreichten noch nicht zufrieden sein, aber die Richtung stimmt. Daher möchte ich mich bei Frau Ministerin Sommer herzlich bedanken, der dieser Weg ein besonderes Anliegen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir fühlen uns darin bestätigt, dass wir sagen: Individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ist der Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit und eben nicht eine neue Strukturdebatte. Nimmt man aber die veröffentlichte Meinung zur Kenntnis, so erscheint manchmal die Diskussion in einer Schieflage; denn gerade von der Opposition wird häufig der Eindruck erweckt, als stehe eine Renaissance der Gesamtschulbewegung auf breiter Front vor der Tür.

Zu diesem Thema ist mir eine Vorbemerkung wichtig: Die Gesamtschule ist fester Bestandteil unseres gegliederten Schulsystems. Die CDU steht zu unseren Gesamtschulen, sie steht auch zu deren Oberstufen.

(Bodo Wißen [SPD]: Seit wann?)

Sie erhalten alle Möglichkeiten und Unterstützungen, sich im Wettbewerb zu bewähren. Wir erkennen das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer ausdrücklich an.

(Beifall von der CDU)

Wir wissen, es gibt überaus erfolgreiche Gesamtschulen mit hervorragenden Ergebnissen. Wir wissen aber auch, 30 % der Schülerinnen und Schüler verlassen die Gesamtschule mit dem Hauptschulabschluss 10a. Und diese haben dieselben Probleme wie zahlreiche Hauptschülerinnen und Hauptschüler, nämlich einen Ausbildungsplatz, kurzum: einen Anschluss an die Schullaufbahn, zu finden. Deshalb ist unsere Hauptschulinitiative das geeignete und probate Mittel für alle Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen, aber auch an Gesamtschulen.

Aber es lohnt sich auch der Blick auf die Details. Wir haben im Schulgesetz richtigerweise festgestellt, dass neu zu errichtende Gesamtschulen nicht automatisch als Ganztagschulen geführt werden. Wir haben landesweit 396 Städte und Gemeinden. In neun von ihnen – das sind 2,27 % – gibt es Anträge auf Neueinrichtung von Gesamtschulen.

So wurde in Siegburg eine Gesamtschule genehmigt, aber die erforderliche Anmeldezahl wurde nicht erreicht. Das Gleiche gilt in der Gemeinde Morsbach, da gab es zu wenig Schüler, und ebenfalls in der Gemeinde Alfter, die dann keinen Antrag auf Einrichtung einer Gesamtschule stellte. Pläne für die Einrichtung einer neuen Gesamtschule in Leverkusen wurden wieder aufgegeben. In Wuppertal gab es eine Diskussion, aber keinen Antrag. In Lippstadt scheiterte ein privater kommerzieller Träger an den fehlenden Räumlichkeiten. In Hemer wird ein Antrag gestellt. Für Bonn ist eine weitere Gesamtschule genehmigt, und wir warten die Anmeldezahlen ab. In Bad Salzuflen – das Besondere zum Schluss – gibt es ein Bürgerbegehren gegen eine neue Gesamtschule. Dadurch wird der Stadtratsbeschluss gesperrt, weil das Ergebnis des Bürgerentscheids im März abgewartet werden muss. – Das ist wahrhaftig keine Massenbewegung.

Es bewährt sich, dass diese Landesregierung gerade auch gegenüber der Einrichtung von Gesamtschulen pragmatisch und nicht ideologisch vorgeht. Die Betrachtung der strukturellen Veränderungen im nordrhein-westfälischen Schulsystem zeigt: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger favorisiert das gegliederte Schulsystem und dessen Erweiterungen.

Der Blick auf die strukturellen Veränderungen im System gibt uns Recht; denn das Erfolgsmodell der modernen Herausforderungen im Bildungssystem präsentiert das neue Schulgesetz. Die dort vorgesehene Verbundschule aus Haupt- und Realschule ist inzwischen in 13 Fällen landesweit genehmigt und entwickelt sich eindeutig zum Erfolgsmodell. Die Verbundschule ist eine konsequente Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems. Wir registrieren, dass sie auch die passgenaue Antwort auf die demografischen Veränderungen ist.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Aus diesen Schulen hören wir Aufbruchstimmung und Zuversicht. Aus diesen Schulen hören wir eine hohe Akzeptanz durch Eltern und die Schulträger. Für die Koalition ist es eine Freude zu sehen, wie dieses jüngste Pflänzchen im gegliederten Schulsystem zu einer richtigen Pflanze heranreift.

Aber dies ist eben nicht nur Euphemismus. Die Zahlen für den Hauptschullehrgang gehen von 24 auf 40 hoch, insgesamt gibt es 90 Anmeldungen. Das zeigt: Die Verbundschule in Everswinkel ist die passgenaue Antwort auf die Herausforderungen vor Ort. So muss man es angehen. In anderen Orten und Städten ist es genauso.

Eine Bemerkung noch zur Weiterbildung: Hier garantieren wir Kontinuität und Planungssicherheit. Wir nehmen eine kleine Verbesserung im Bereich des Handlings für die Bildungshäuser vor. Durch die eingeleitete Evaluation werden wir bis Ende 2010 zu guten und richtigen Entwicklungsperspektiven für die durch das Weiterbildungsgesetz gestützte Weiterbildungslandschaft kommen. Diese Evaluation ist nicht als Einsparmodell gedacht.

Diese Koalition ist mit dem Konzept der individuellen Förderung statt ideologischer Strukturdebatten auf dem richtigen Weg. Dieser Weg kann nur erfolgreich sein, wenn auch die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden. Dies ist mit dem Haushalt 2009 wieder in vorbildlicher Weise gelungen. Kurz und gut: Der Bildungshaushalt in NRW ist vorbildlich in Deutschland. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen leisten wir einen entscheidenden Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit und einen wichtigen Schritt in Richtung Wissensgesellschaft.

Sie als Opposition – bei Frau Schäfer habe ich den Glauben aufgegeben – täten gut daran, diesem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kaiser. – Für die FDP spricht nun die Kollegin Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schäfer, wenn man hören musste, mit welcher Verbissenheit

Sie eben Ihre Rede vorgetragen haben, dann sollte man sich in der Tat überlegen, ob Sie sich nicht doch besser ein anderes Arbeitsgebiet ausgesucht hätten,

(Beifall von FDP und CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Das hätten Sie wohl gerne!)

um endlich ein bisschen innere Distanz zu gewinnen. Anstatt nur einen geringen inhaltlichen Beitrag oder Vorschläge hier abzugeben, konzentrieren Sie sich auf Ihre Phantasierechnungen, die Sie schon seit Monaten vor sich hertragen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir diskutieren hier über den Haushalt! Sie sind in einer anderen Debatte!)

Das beweist, dass Sie nicht wirklich in den Haushalt gesehen haben. Wenn Sie das getan hätten, dann würden Sie feststellen, dass wir heute vor der Verabschiedung des größten Bildungshaushalts aller Zeiten in Nordrhein-Westfalen stehen.

(Beifall von der FDP)

SPD und Grüne haben uns 2005 einen wahren Steinbruch hinterlassen mit einer Riesenhypothek auf die Zukunft zum Beispiel durch das Instrument der sogenannten Vorgriffsstunden. Mit denen mussten Lehrer, um Geld zu sparen, in der Vergangenheit Unterrichtsstunden erteilen, die wir nun abstotern müssen.

Wir haben es dennoch seit Regierungsübernahme geschafft, den Unterrichtsausfall mehr als zu halbieren. Wir kämpfen massiv und erfolgreich gegen die chronische Unterfinanzierung der Bildung, die uns hinterlassen wurde, Frau Schäfer. Massiv heißt: Wir werden mit dem Haushaltsentwurf 2009 insgesamt seit der Regierungsübernahme 1,4 Milliarden € mehr in die Schulen und Weiterbildung investiert haben als SPD und Grüne. Und dann stehen Sie hier und meckern klein-klein? Und hierin sind die exorbitanten Investitionen in die frühkindliche Bildung und in die Hochschulbildung noch nicht einmal mit eingeschlossen.

Wir vertreten ein ganzheitliches Bildungsverständnis, und das zeigt sich verteilt über die verschiedenen Bildungsressorts. Trotz der sehr schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen satteln wir drauf und investieren in die Zukunft, in unsere Kinder und Jugendlichen.

(Beifall von der FDP)

Der prozentuale Anteil des Haushalts für Schule und Weiterbildung am Gesamthaushalt des Landes NRW steigt über 25 % an. Mit rund 13,5 Milliarden € investieren wir so viel wie nie zuvor in die schulische Bildung. Das bedeutet alleine für dieses Haushaltsjahr eine Steigerung um 700 Millionen €. Das kann sich doch wohl sehen lassen. Seit 2005 haben wir die Gesamtausgaben für die Schulpolitik um

12 % gesteigert, für jeden einzelnen Schüler sogar um 17 %.

Wir werden mit diesem Haushalt weitere 1.831 neue Lehrerstellen schaffen – echte, Frau Schäfer, keine virtuellen. Insgesamt wird es damit 6.915 zusätzliche Lehrerstellen seit Regierungsübernahme geben, also knapp 7.000 zusätzliche neue Lehrerstellen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Wir halten dabei nicht nur Wort, Frau Kraft, sondern wir übererfüllen unseren Koalitionsvertrag damit sogar.

Nicht nur das: Wir werden auch den Großteil der überzähligen Lehrerstellen durch rückläufige Schülerzahlen – das ist das, was wir Demografiegewinne nennen – im System belassen. Im Saldo geben wir den Eltern, Lehrern und Schülern damit rund 14.500 zusätzliche Lehrerstellen seit 2005. Sie, Frau Schäfer, wollten dagegen laut Beschluss von September 2004 16 Stellen abbauen. Haben Sie das schon vergessen?

Meine Damen und Herren, mit dem Haushaltsentwurf haben wir die unter Rot-Grün steigende Schüler-Lehrer-Relation deutlich umgekehrt. Wir werden 2009 eine Schüler-Lehrer-Relation von 17,06 Schülern pro Lehrer erreichen. Das heißt, eine Lehrkraft wird durchschnittlich eineinhalb Schüler weniger zu unterrichten haben, als sie es unter sozialdemokratischer und grüner Schulpolitik tun musste.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber das liegt an der Demografie, nicht an Ihnen!)

– Ja, die Zahlen gefallen Ihnen nicht. Auch wenn Sie Opposition sind, sollten Sie Ihnen aber gefallen, wenigstens im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler. Ich hoffe, dass wir an der Stelle noch gemeinsam kämpfen.

Meine Damen und Herren, eigentlich lohnt es sich nicht, auf die Aussagen und Änderungsanträge von SPD und Grünen einzugehen. Sie sind eine Mischung aus mangelndem Realismus, blankem Opportunismus und auch der Heuchelei. Und warum? Das will ich Ihnen gerne erläutern. Ausgerechnet die SPD stellt nun einen Änderungsantrag, kw-Stellen wieder einzurichten.

(Hannelore Kraft [SPD]: Den stellen wir jedes Jahr!)

– Ja, ja, das hätten Sie aber damals machen sollen, als Sie das noch hätten entscheiden können, Frau Kraft.

(Zurufe von Hannelore Kraft [SPD] und Helmut Stahl [CDU])

SPD und Grüne hatten die Streichung der 2.000 Vorgriffsstellen in ihrem Haushalt 2005 stehen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Hallo, Frau Kraft! Sie wollten 2.000 Vorgriffsstellen im Jahre 2005 streichen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das können Sie machen! Warum tun Sie das nicht?)

– Ja, dass Sie sich aufregen, zeigt mir doch, dass die Erinnerung wieder kommt.

(Beifall von FDP und CDU)

FDP und CDU haben bereits im letzten Jahr 204 Vorgriffsstellen bis ins Jahr 2013 verlängert. Auch die 500 kw-Vermerke dieses Jahres wurden von FDP und CDU bis 2013 verlängert – nicht durch Sie, Frau Kraft.

Ausgerechnet Sozialdemokraten und Grüne waren es, die 2004 noch einmal begeistert verkündet hatten, dass sie statt 28.000 Lehrerstellen nur 16.000 Lehrerstellen bis 2013 abbauen wollten. Das ist nicht nur zynisch, was Sie hier verkaufen wollen, Frau Schäfer, das ist Volksverdummung.

Sie waren als Schulministerin eine Art Marie Antoinette. Diese Königin soll ohne Kenntnis der tatsächlichen Lage zynisch gesagt haben: Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen. – Sie, Frau Schäfer, standen als Ministerin für die Tatsache: Wenn Sie keine Lehrer haben, soll doch Unterrichtsausfall sein. Wir haben den von 4,4 % auf 2 % halbiert.

Ein Ministerium zu führen, Frau Schäfer, ist kein Selbstzweck, sondern eine Verpflichtung, und zwar eine Verpflichtung gegenüber den Kindern, und dieses vor allen Dingen. Das Fallbeil der Demokratie, die Landtagswahl 2005, hat Ihr Wirken Gott sei Dank auch abrupt beendet.

Meine Damen und Herren! Frau Beer, Sie bekommen auch noch Ihr Teilchen ab.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie reden ja sehr gerne über die Beschämung der Schüler, wenn sie Noten erhalten oder überhaupt Leistung zeigen müssen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was kriegen wir denn für Noten?)

– Dann frage ich Sie, Frau Beer: Wo bleibt eigentlich die Selbstbeschämung der Grünen, wenn man sich Ihre Negativbilanz ansieht? Ich erinnere noch einmal an den Abbau von 16.000 Lehrerstellen, an dem Sie ja mitgewirkt haben. Allein für den Anflug eines solchen Gedankens hätten sich die Grünen schämen müssen.

Weiteres Stichwort ist der Ganztagsausbau an allen Schulformen. Wir haben nicht nur den Ausbau der Ganztagsangebote an den Grundschulen, Hauptschulen und an den Förderschulen massiv vorangetrieben, wir haben auch mit der Ganztagsoffensive für die Gymnasien und Realschulen ein Programm aufgelegt, für das wir 175 Millionen € in die Hand nehmen. 2009 und 2010 können insgesamt 216

Gymnasien und Realschulen in ganz Nordrhein-Westfalen zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden.

Des Weiteren stellen wir mit dem Programm „Geld oder Stelle“ mit einer an der Schulgröße orientierten Pauschale sicher, dass die Übermittagsbetreuung an Tagen mit Nachmittagsunterricht auch an sogenannten weiterführenden Halbtagschulen sichergestellt wird. Durch das „1.000-Schulen-Programm“, das Sie, Frau Schäfer, eben kritisiert haben, unterstützen wir den Ausbau von Kantinen und Aufenthaltsräumen zur Mittagsbetreuung. Es ist ein Programm, wie es das bis dato vonseiten des Landes in Nordrhein-Westfalen noch nie gegeben hat. Es hat noch nie ureigene Landesmittel für Investitionsförderung im Schulanbau, in der Schulbauerweiterung pauschal für das Land gegeben. Vergessen Sie nicht: Das, was Sie für die offenen Ganztagsgrundschulen angefangen haben zu verteilen, waren Bundesmittel.

Der gegenwärtige Anmeldestand bei den Ganztagschulen zeigt, dass es dort aus Sicht der FDP zu einer Flexibilisierung in der Ausgestaltung kommen sollte. Es muss auch möglich sein, mit einzelnen Zügen in den Ganztags zu gehen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dieses Ganztagsprogramm ist ein ganz großer Schritt für die Schulen, die Schüler, die Eltern und die Lehrer in Nordrhein-Westfalen.

Ein wichtiger Schritt dabei sind ohne Frage die flexiblen Mittel für die gebundenen Ganztagschulen, mit denen zukünftig auch andere Professionen als Lehrer in die Schulen geholt werden können, womit dann auch tatsächlich einige Probleme mit den Mangelfächern behoben werden. Sie haben in früherer Verantwortung nie Vorsorge bei der Ausbildung von Lehrern getroffen. Sie hatten Einstellungsstopps. All das ist die wahre Ursache dafür, dass wir an der einen oder anderen Stelle Mangelfächer haben.

(Beifall von der CDU)

Insofern ist es wichtig, dass andere Professionen in die Schulen geholt werden können, sodass solche Fächer wie Musik- und Sportunterricht auch ausgeweitet werden können. Wunderbar, dass wir jetzt auch an der Stelle die Flexibilisierung haben.

Was wollte ich noch sagen?

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Ich bin so gefangen von dem Schritt, dass wir im Ganztagsausbau so weit gekommen sind, dass ich kurz den Faden verloren habe.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Freuen Sie sich nicht zu früh, Frau Beer!

(Edgar Moron [SPD]: Den haben Sie bis jetzt doch noch gar nicht erkannt!)

Um noch einmal auf den Ganztagsunterricht zurückzukommen. Die SPD scheut sich ja nicht, vor allen Dingen Geld für den Ausbau des Ganztags an Gesamtschulen einzufordern, und sie ist eifrig damit beschäftigt, durchs Land zu laufen, um einige Gesamtschulinitiativen auf den Weg zu bringen. Das ist vielleicht auch die Erklärung dafür, dass Sie sich nicht wirklich mit dem Haushalt beschäftigen.

Anstatt noch weitere Ganztagsgesamtschulen zu fordern, was Sie jahrelang – gemeinsam mit den Grünen – umgesetzt haben,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was ist mit dem Elternwillen?)

womit Sie die Chancengleichheit aller anderen Schüler an allen anderen Schulformen mit Füßen getreten haben, haben wir versprochen, das zurückzunehmen. Wir haben gesagt: Alle Schülerinnen und Schüler sollen in weiterführenden Schulen die gleichen Chancen haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die dürfen auch zu vielen Gesamtschulen gehen!)

Wir müssen uns zunächst auf den Ganztagsausbau an den anderen Schulformen konzentrieren, damit wir in etwa mit der Chancengleichheit aufschließen können.

Ein weiterer Punkt: Wir wissen, dass wir den Lehrkräften mit unseren alternativlosen Reformen viel abverlangen. Daher müssen wir auch die Lehrkräfte bei Ihrer Arbeit deutlich unterstützen. Zu einem qualitativ hochwertigen Schulsystem gehören nicht zuletzt, sondern an allererster Stelle gut ausgebildete Lehrkräfte.

Daher werden wir mit dem neuen Lehrerausbildungsgesetz die Qualität der Ausbildung nochmals deutlich steigern, aber wir werden auch etwas für Fortbildung und regelmäßige Weiterbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer tun. Auch das hat ganz zentrale Bedeutung. Deshalb haben wir diesen Ansatz von 300.000 € um das Doppelte erhöht. Es ist ein wichtiger Baustein.

Weitere Signale dafür, wie sehr wir den Lehrerberuf wertschätzen, sind die Erhöhung der Mittel für den Gesundheitsschutz, Exkursionen, Schulwanderfahrten, die zweifellos zu einem gelungenen Schulalltag, zu einer gelungenen Schulzeit gehören. Da stocken wir die Mittel auf und geben den Lehrerinnen und Lehrern den doppelten Mittelansatz. Auch das war ein ganz wichtiges Signal.

Ich fasse zusammen: Wir haben hier den besten Schulhaushalt, den wir je gehabt haben. Die Kennzahlen sind beeindruckend.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie waren ja auch im Schulausschuss bei der Vorstellung des Haushalts durch die Ministerin völlig zu Recht sehr kleinlaut; denn daran gibt es wirklich nichts zu meckern. Es gibt offenbar auch keine Fra-

gen, Frau Beer, die wir sonst so sehr von Ihnen kennen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Ich hoffe, dass dieser Haushalt 2009 auch Sie überzeugt. – Danke.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte als Erstes die Gelegenheit nutzen, die Mitglieder der Gesamtschulinitiative aus Hemer zu begrüßen und ihnen zu über 190 Anmeldungen zu gratulieren. Ich erwähne das, Herr Kaiser, damit Sie auch auf dem Laufenden sind, wie die Geschichte im Augenblick läuft. Das sind die engagierten Befürworter und Befürworterinnen der Gesamtschule, die einen erheblichen Betrag dazu geleistet haben. Herzlichen Dank! Ich gratuliere Ihnen zu den Anmeldezahlen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Kaiser, ich finde es auch richtig, dass Sie sich auf einen anderen Platz gesetzt haben. Auf Ihrem eigenen ist es wahrscheinlich ein bisschen peinlich. Ich finde es wirklich unglaublich, dass Sie versuchen, die Arbeitsergebnisse von Schulen, die weit vor der Regierungszeit von Schwarz-Gelb gelegen haben,

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

und die Fortschritte nach PISA, die jetzt in den internationalen Leistungsstudien dokumentiert sind, auf Ihr eigenes Konto zu buchen. Das ist einfach unanständig. So etwas macht man nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese Leistungsstudien sind keine Vorschau auf das, was Schulen in Zukunft leisten, sondern eine Bilanz der Arbeit, die sie vorgelegt haben.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Von daher lassen Sie das bitte. Ich finde es richtig, dass Sie sich erst einmal ein bisschen an die Ecke gesetzt haben.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

In Bezug auf den Haushalt möchte ich meinen Ausführungen eine kleine Überschrift geben, Frau Ministerin. Sie kennen sicherlich den Bestseller-Titel von Richard David Precht: „Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?“

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, dass der Landeshaushalt gerade in Bezug auf das Schulkapitel doch zu diesem Titel inspiriert haben muss. Denn „Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?“ ist wohl auch der verzweifelte Gedanke des Lehrers gewesen, bei dem gerade die Schulleitung angerufen hat, er möge doch bitte Vertretungsunterricht übernehmen für das Mitglied im Kollegium, das Erziehungsurlaub genommen hat. Jetzt drohte massiver Fachunterrichtsausfall. Was hat der gute Mann gemacht? Das ist eine Geschichte, die sich in einer Schule in NRW genau so zugegetragen hat: Er hat den Babypuder an die Seite gestellt, ist in die Schule gefahren und hat sich selbst vertreten.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Denn die Schulleitung hat niemanden sonst gefunden. Er hatte nämlich die Vätermomente für den Erziehungsurlaub genommen.

Da reiben sich Schulen, Eltern und vor allen Dingen Lehrerinnen und Lehrer verwundert die Augen ob der Meldungen von 5.000 Lehrerstellen; manchmal haben wir hier sogar schon von 10.000 gehört. Das schwankt immer munter hin und her. Sie sind auch noch für individuelle Förderung, für den Ganztag, machen die Klassen kleiner – vielleicht seit gestern nicht mehr wirklich – und wirken außerdem auch noch gegen Unterrichtsausfall. „Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?“

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist die tägliche Bilanz, wenn Lehrerinnen und Lehrer morgens in den Spiegel gucken.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Packen wir die Sache doch einmal andersherum an! Ich möchte heute einmal ein bisschen konkreter werden. Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW e. V. hat für die beruflichen Fachrichtungen – und über den diskutieren wir eigentlich viel zu wenig – eine akribische Auflistung gemacht. 664 Stellen sollen zum 1. Februar 2009 oder später besetzt werden. Ihnen stehen aber überhaupt nur 300 potenzielle Bewerberinnen und Bewerber gegenüber.

Allein im Fach Maschinentechnik gibt es für 144 ausgeschriebene Stellen – lassen Sie sich das als Eltern und Schülerinnen und Schüler auf der Zunge zergehen – 13 mögliche Bewerberinnen und Bewerber. In Wirtschaftswissenschaften beträgt das Verhältnis 290 zu 120, in Ernährung und Hauswirtschaft 35 zu 19 und in Elektrotechnik 47 Stellen zu überhaupt nur 21 Menschen in NRW, die sich darauf bewerben könnten.

Wie viele von diesen potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern wegen der Einstellungsbedingungen nach Hessen oder Rheinland-Pfalz gehen, ist überhaupt noch ganz offen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Der VLBS weist Ihnen auch nach, dass Ihre Prognosen zum Lehrereinstellungsbedarf, die Sie bisher für diesen Bereich vorgelegt haben, schlicht falsch sind. Ich zitiere gerne aus der aktuellen Ausgabe der Verbandszeitschrift:

Vergeblich wiesen VLBS und VLW darauf hin, dass die Zahlen nicht stimmen, die im Schulportal stehen. Zum Beispiel können nicht 4.200 Absolventen aus dem Vorbereitungsdienst hervorgehen, wenn im fraglichen Zeitraum nur 2.000 das Referendariat beginnen.

Das geht schlicht nicht. Die Zahlen passen nicht zusammen. Wir merken, dass viele Lehrerstellen einfach nur virtuelle Stellen sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn ich auch meinen Fokus hier auf die berufsbildenden Schulen gelegt habe, sind das doch genau die Phänomene, die in den Schulen vor Ort in allen Städten in den allgemeinbildenden Schulen ebenso zu beobachten sind.

Die Beruhigungspillen, die Sie zu verteilen versuchen, Frau Ministerin, wenn Sie mir zum Beispiel auf meine Kleine Anfrage bezüglich der desolaten Lehrerbesetzungssituation in Dortmund mitteilen, wie viele Stellen ausgeschrieben sind, können nicht wirken: Es zählt nicht, ob die Stellen ausgeschrieben sind, sondern ob sie überhaupt besetzt werden und wie lange die Schulen darauf warten müssen.

(Beifall von der SPD)

Sie können sich natürlich noch mehr virtuelle Stellen in den Haushalt schreiben: Eltern und Lehrerinnen und Lehrer nehmen Ihnen das längst nicht mehr ab. Es ist aber eine Beruhigung für Ihren Kollegen Finanzminister; denn dann kann man die Stellenzahl ruhig noch ein bisschen erhöhen, weil sie ja nicht wirksam werden, denn die Gelder werden nicht abgerufen.

Ich mache Ihnen einen Vorschlag, Frau Ministerin: Es gibt laufend neue Casting-Shows im Fernsehen. Die neueste sucht erfolgreiche Mentalisten und heißt „The next Uri Geller – Unglaubliche Phänomene live“.

(Lachen von Ministerin Barbara Sommer)

Nehmen Sie Ihren Haushaltsband und bewerben Sie sich da.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Uri Geller kann Löffel verbiegen – Sie versuchen sich halt beim Stellenbiegen. Das ist doch schon einmal eine Annäherung.

Ich habe bei „Wikipedia“ nachgeschaut, was dort zum Begriff Mentalist steht. Das fand ich höchst interessant. Dort heißt es:

Mentalisten betreiben ihre Kunst meistens zu Showzwecken und distanzieren sich überwiegend von jedweder Form der Scharlatanerie, in der unbedarften Opfern ähnliche Phänomene in ausbeuterischer Absicht – oft auch mit gesundheitsschädlichen Folgen – vorgegaukelt werden. Dennoch schöpfen sie aus dem gemeinsamen Repertoire.

Den Begriff Scharlatan kennen Sie sicherlich, Frau Ministerin.

Als Scharlatan wird eine Person bezeichnet, welche vorgibt, Wissen, Fähigkeiten oder Dinge zu besitzen, was allerdings nicht den Tatsachen entspricht.

(Zuruf von Winfried Schittges [CDU])

Die geneigten Zuhörerinnen und Zuhörer müssen entscheiden, was bei der ganzen Sache überwiegt: Der Showzweck oder die Scharlatanerie.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Eine ziemlich schlechte Show liefern Sie in Sachen Ganztag ab.

(Zuruf von Winfried Schittges [CDU])

108 Realschulen und noch einmal 108 Gymnasien sollen in den beiden nächsten Schuljahren in den gebundenen Ganztag starten. 54 Gymnasien pro Schuljahr: Angesichts der Zumutungen, die Sie durch die verkorkste Schulzeitverkürzung mit Unterricht schon für die Jüngeren bis weit in den Nachmittag hinein allen 630 Gymnasien aufgebürdet haben, sind das in der Tat nur Trippelschritte.

Aber Sie kriegen diese 218 Schulen noch nicht einmal zusammen. Trotz diverser – ich nenne es einmal freundlich – intensiver Seelenmassagen durch die Schulaufsicht sind es lediglich 160 geworden. Da bleibt Luft im Haushalt für 58 Schulen, Frau Ministerin, zum Beispiel für die Gesamtschule in Hemer. Das wäre doch einmal eine sinnvolle Anlage.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mir fallen natürlich sofort weitere Beispiele von Gesamtschulen ein, die sich in Gründung befinden und die – Herr Kaiser, da können Sie frohgemut sein – dann auch in den Bestand kommen werden. Das gilt für Bonn, für Morsbach, für Lippstadt und auch für Bad Salzuflen, wo ein schrumpfendes Gymnasium und eine schrumpfende Hauptschule jetzt für ein Bürgerbegehren gesorgt haben, weil sie in einen anderen Standort sollen. Der Rat hat sich in dieser Frage aber eindeutig erklärt, und eine Bedarfsfeststellung für die Gesamtschule hat bereits stattgefunden. Auch in Bad Salzuflen wird es in absehbarer Zeit eine Gesamtschule geben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ute Schäfer [SPD]: Mit der FDP! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Übrigens mit der FDP!)

– Ich habe Frau Pieper-von Heiden bewusst nicht erwähnt, weil auch die Zuhörerinnen und Zuhörer merken sollen: Man muss nicht auf alles hören, was auf der Heide piept. – Das ist ganz wichtig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

– Ja, das kann man nicht oft genug sagen. Das ist das Schöne an der ganzen Sache.

(Unruhe von CDU und FDP)

Dass Sie sich weigern, den Realitäten ins Gesicht zu blicken und den Gesamtschulen die Ganztagschulmittel zu eröffnen, ist ein bildungspolitischer Skandal erster Güte. Das werden wir Ihnen tagtäglich vorhalten.

(Beifall von Heike Gebhard [SPD])

Dazu kommt, dass Sie im Rahmen Ihrer Offensiven bürokratisch immer neue Töpfe kreieren, sodass überhaupt kein Überblick mehr möglich ist. Sie hängen sich in der Tat von einer Offensive zur anderen: die Ganztagsoffensive für Gymnasien, die Ganztagsoffensive für Realschulen, die Pädagogische Übermittagsbetreuung, der Pausenerlass und die x-te Hauptschuloffensive in der Hauptschuloffensive.

In Wahrheit laufen Sie mit Handfeger und Schippe den Auswirkungen Ihrer verfehlten Schulpolitik hinterher und versuchen krampfhaft, die Scherben zusammenzukehren. Genau das erleben wir hier in Nordrhein-Westfalen täglich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dabei versemeln Sie Unsummen; denn die ersten Ganztags Hauptschulen – das habe ich von Ihnen ja schriftlich bekommen, Frau Ministerin – machen schon wieder dicht.

(Ute Schäfer [SPD]: Fünf Stück!)

Sie bekommen die Schulentwicklungskurve zu mehr gemeinsamem und erfolgreichem Lernen nicht hin. An dieser Stelle hilft auch nicht Ihr Verweis auf die Verbundschulen; denn diese Verbundschulen sind nur halbherzig. Die Bildungsgänge bleiben weiter getrennt.

Auf der anderen Seite ist dies ein Ausweis, dass die Anmeldezahlen an den Hauptschulen weiterhin sinken und dass Sie die Bestandsgefährdung sehr deutlich wahrnehmen. Damit belegen Sie das ja. Sie versuchen verzweifelt, die Kurve zu bekommen. Sie wissen nur nicht, wie.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben sich ideologisch so in der Ecke eingemauert, dass es für Sie immer schwerer wird. Das ist das Dramatische. Es ist doch kein Geheimnis, dass auf der kommunalen Ebene längst anders gedacht wird. Sie hinken hinterher und bekommen die Kurve eben nicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist schon interessant. Im Übrigen gilt das ja nicht nur für die Hauptschulen, bei denen die Anmeldezahlen in diesem Jahr wieder sinken.

Noch ein Hinweis zu Ihren Äußerungen, Herr Kaiser: Wenn die Zahl der Hauptschulstandorte sich verringert, ist doch klar, dass die Anmeldezahlen an einzelnen Standorten steigen, weil es weniger Hauptschulstandorte gibt und die Eltern ihre Kinder für die Schulen anmelden müssen, die in der Landschaft überhaupt noch existieren. Wenn Sie dann diese Zahlen anführen, ist das wieder einmal Trickserie und nichts anderes.

Lassen Sie mich noch einmal zu den Gymnasien zurückkommen. Sie haben eine zwingende Schulzeitverkürzung in der Sekundarstufe I vorgenommen. Nach drei Jahren starten Sie dann plötzlich Ihre Ganztagschuloffensive für einen Bruchteil der Schulen und ermöglichen den Schulen in der Tat noch nicht einmal einen flexiblen Einstieg. Vor allen Dingen in der Fläche ist das ein Riesenfehler.

Ihr Koalitionspartner hat das inzwischen auch erkannt und versucht sich wieder einmal in der einen oder anderen Absetzbewegung. Seine Vertreter hätten lieber vorher konzeptionell darüber nachdenken sollen, anstatt im Nachhinein der eigenen Ministerin vors Schienbein zu treten. Inzwischen kennen wir das aus dieser Koalition aber sehr genau. Wir bekommen ja wöchentlich zelebriert, wie das Verhältnis ist.

Bei so viel Schulchaos und Uneinigkeit in dieser Koalition der Beteuerung und der Enttäuschung könnten wir uns als Opposition eigentlich gelassen zurücklehnen und zuschauen, wie der Bumerang auf Sie zurückfällt. Aber das kann niemand tun, dem etwas an dem erfolgreichen Fortkommen der Schulen in NRW liegt

(Beifall von den GRÜNEN)

und der sich für das Wohl und Wehe von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern verantwortlich fühlt.

Frau Ministerin, es ist ja vielleicht schwierig, in solchen Debatten direkt zu reagieren. Ich habe Ihnen aber etwas mitgebracht, und zwar ein Lesebuch. Es müsste Ihnen eigentlich auch auf dem Tisch liegen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, lassen Sie es sich bitte in Ihrem Haus heraussuchen. Dieses Lesebuch heißt „Eltern, Lehrer, Schüler im Stress – Das Gästebuch zum Turbo-Abi“.

Der Radiosender WDR 5 hat im Zusammenhang mit dem von ihm durchgeführten Thementag die eindrucksvollen Rückmeldungen zur Realität der Schulen in Nordrhein-Westfalen in einem Internet-Gästebuch zusammengefasst. Dieses Buch ist der Ministerin,

(Ministerin Barbara Sommer nickt.)

den Sprecherinnen und Sprechern des Ausschusses sowie den Fraktionsvorsitzenden übersandt worden.

Daraus zitiere ich einen Beitrag, der die Gesamtproblematik, mit der wir es bei Ihrer Schulpolitik zu tun haben, gut zusammenfasst. Frau Scholand, früher Gymnasiallehrerin und jetzt Lernberaterin, schreibt:

Der Eindruck, den ich während meiner eigenen Lehrtätigkeit gewonnen habe, dass Schüler selten scheitern, weil sie nicht begabt genug sind, sondern weil die Situation in der Schule oder zu Hause nicht stimmt, ist heute noch richtiger.

Durch Ihre Schulpolitik wird das Scheitern in diesem Schulsystem vermehrt. Sie haben die Lernbarrieren hochgezogen. Sie machen das Ganze statisch und fest. Sie behindern die Chancen der Kinder in diesem Land. Das ist das Ergebnis Ihrer Schulpolitik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hier im Gästebuch des WDR ist dokumentiert, mit welchem Stress Kinder, Eltern und Lehrer es zu tun haben und wie wenig vorbereitet und wie wenig durchdacht Ihre Schulpolitik ist.

Unsere Änderungsanträge zum Haushalt würden dafür sorgen, wenn Sie sich endlich dazu durchringen könnten, ihnen zuzustimmen, dass wir einen systematischen Ganztagsausbau und eine unbürokratische Versorgung der Kinder gerade aus armen Familien im Ganzttag mit Schulessen und auch mit Lernmitteln erreichen. Das ist das Ziel unserer Änderungsanträge zum Haushalt; denn wir müssen endlich von dem Flickenteppich in der Schulpolitik wegkommen, den Sie uns hier vorlegen.

Wenn Ihnen wirklich etwas an gemeinsamem Kampf für mehr Bildungserfolg liegt, müssen Sie diesen Änderungsanträgen folgen und dürfen sie heute nicht ablehnen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Herzlichen Dank, Frau Beer. – Meine Damen und Herren, gerade weil heute auch viele junge Zuschauer bei uns zu Gast sind, möchte ich darauf hinweisen, dass wir bei dieser Debatte auf Verunglimpfungen der Namen von Kollegen verzichten und nur in der Sache streiten sollten.

(Beifall von der CDU)

Jetzt gebe ich Frau Ministerin Sommer das Wort. Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich begrüße nicht

nur wie Frau Beer die Vertreter der Gesamtschulen, sondern genauso die Vertreter – sollten sie unter Ihnen sein – der Hauptschulen, der Realschulen und der Gymnasien.

(Beifall von CDU und FDP)

Bevor ich in einer zweiten Runde auf kritische Anmerkungen vonseiten der Opposition eingehe, möchte ich mit ein paar Tatsachen beginnen: Heute, meine Damen und Herren, diskutieren wir über den größten Schuletat, den es jemals in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Insgesamt beträgt die Summe des Einzelplans 13,4 Milliarden €. Das sind noch einmal 700 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Vergleich zum letzten Haushalt der Vorgängerregierung 2005 liegen wir sogar um 1,4 Milliarden € höher. Das entspricht einer Steigerung von immerhin 12 %.

(Beifall von CDU und FDP)

Um sich das noch einmal vor Augen zu halten: Was bedeutet das für den einzelnen Schüler? – Pro Schüler gibt das Land nunmehr 700 € mehr aus als vorher. Zu verdanken ist dies einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung. Wir alle haben uns für die Bildung und die Zukunft unserer Kinder als höchste Priorität entschieden. Wir unternehmen enorme Kraftanstrengungen, um dieses Ziel zu erreichen.

Beispiele dazu: Für den weiteren Ausbau des Ganztags an öffentlichen und privaten Schulen stellen wir in 2009 weitere 1.300 Stellen bereit. Wir haben seit Mai 2005 mehr als 6.900 neue und – ich betone – zusätzliche Stellen geschaffen. Darüber hinaus lassen wir auch mehr als 7.100 Lehrerstellen im System, die eigentlich wegen rückläufiger Schülerzahlen an öffentlichen Schulen rein rechnerisch nicht mehr benötigt würden. Gleichzeitig haben wir den Ersatzschulen 400 Stellen zusätzlich refinanziert. Insgesamt ergibt sich seit dem Wechsel der Regierungsverantwortung eine Verbesserung der Lehrerstellensituation um 14.400 Stellen.

Meine Damen und Herren, wir hatten zugesagt, 4.000 zusätzliche Stellen zu schaffen.

(Ute Schäfer [SPD]: Nein! Stimmt nicht!)

Diese Stellen sind geschaffen. Sie sind gegen Unterrichtsausfall und für eine individuelle Förderung zu verwenden.

Um gleich etwas aufzugreifen, sehr verehrte Frau Schäfer, was Sie anmerkten: Außerdem haben wir kleinere Klassen – darüber haben wir auch gestern gesprochen –, und zwar bezogen auf die Obergrenzen. Wir haben zum Beispiel für die Eingangsklassen bei Realschulen und Gymnasien Ihre Höchst-

grenze von 35 auf grundsätzlich 32 reduziert. Meine Damen und Herren, das sind drei Schüler weniger als zu Ihrer Zeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Ist das nichts, Frau Schäfer?

Ich rate Ihnen zudem, einmal das Protokoll von gestern zu lesen und nicht immer Ihren Aufzeichnungen zu trauen; denn wie wir in Ihrer viel zu langen Rede gemerkt haben: Sie haben deutliche Erinnerungslücken.

(Beifall von CDU und FDP)

In Ihrer Pressemitteilung, die soeben herausgekommen ist, stellen Sie Behauptungen auf, haben aber keinerlei Beweise dafür, weder ein Zitat noch etwas anderes. Das nenne ich gelinde gesagt unprofessionell.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir fördern weiter den Ausbau von Ganztagsangeboten. Die Zahl der Lehrerstellen für die offene Ganztagschule wird zum 1. August um 190 auf über 1.700 erhöht. Wir werden mit hoher Sicherheit am 1. August die angestrebte Platzzahl von 205.000 Plätzen in der offenen Ganztagschule erreicht haben. Auch hier gilt: Versprechen eingelöst!

(Beifall von CDU und FDP)

Den Ausbau von Ganztagsplätzen an erweiterten Ganztags Hauptschulen und Ganztagsförderschulen der Sekundarstufe I werden wir konsequent fortsetzen. Geplant waren ursprünglich 50.000 Plätze an Ganztags Hauptschulen bis 2012. Wir können nun 86.000 Plätze an Haupt- und Förderschulen anbieten. Erneut kann ich sagen: Versprechen eingelöst!

Wir ermöglichen in 2009 und in 2010 jeweils 108 Realschulen und Gymnasien den Ausbau zu Ganztagschulen. Diese Initiative stößt auf großes Interesse. Schon jetzt liegen uns 160 Anträge von Schulträgern vor. Ich bin mir sicher, dass wir in der zweiten Antragsrunde eine vollständige Abdeckung des Programms erreichen werden. Damit forcieren wir den flächendeckenden Ausbau des Ganztags in allen Schulformen der Sekundarstufe I.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Darüber hinaus sorgen wir für eine pädagogische Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I. Dafür stehen den öffentlichen und privaten Schulen ab dem 1. Februar 846 Stellen zur Verfügung. Statt der Stellen – das wissen wir – können die Schulen aber auch entsprechende Geldmittel abrufen.

Im „1000-Schulen-Programm“ werden wir zur Flankierung der Ganztagsinitiative für den Ausbau von Mensen und Aufenthaltsräumen Investitionsmittel in Höhe von 50 Millionen € in 2009 und weiteren 50 Millionen € in 2010 bereitstellen. Dieses Pro-

gramm, meine Damen und Herren, wird hervorragend angenommen.

Wir haben die Platzzahl für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter spürbar, nämlich um 2.500 Plätze, erhöht. Das sind rund 18 % mehr. Damit wirken wir dem drohenden Lehrermangel entgegen.

Zu den privaten Ersatzschulen: Die privaten Ersatzschulen bilden eine wichtige zweite Säule in unserem Schulsystem und haben hohen pädagogischen Wert in unserer Schullandschaft. Deshalb erhöhen wir die Mittel für die Ersatzschulen in 2009 auf mehr als 1,1 Milliarden €. Das sind rund 38,5 Millionen € mehr als 2008. Verglichen mit den Ausgaben im letzten rot-grünen Landeshaushalt 2005, Frau Schäfer, geben wir den Ersatzschulen mehr als 148 Millionen € mehr.

(Beifall von der CDU)

Ein gutes Motto: Lasst Zahlen sprechen! Ich habe Ihnen an dieser Stelle schon viele Zahlen zugemutet. Aber eines ist mir auch in einer Haushaltsdebatte sehr wichtig: Sie wissen, wir stehen auch dafür, den Kolleginnen und Kollegen, den Lehrerinnen und Lehrern vor Ort wieder zu der Würdigung zu verhelfen, die sie benötigen. Deswegen ist es mir besonders wichtig, dass ich sagen kann: Wir haben die Reisekostenvergütung für Lehrerinnen und Lehrer, die mit großem Engagement an Schulwanderungen und Klassenfahrten teilnehmen, verdoppelt. Damit erkennen wir das Engagement dieser Lehrerinnen und Lehrer besonders an.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich komme nun zum zweiten großen Bereich des Ministeriums, nämlich zur Weiterbildung. Auch hier sorgen wir für eine Erhöhung der Finanzmittel für die Weiterbildungsträger. Wir wollen den Weiterbildungseinrichtungen eine klare Planungssicherheit geben. In diesem Jahr werden wir die strukturelle Finanzierungslücke bei den Volkshochschulen schließen und die Mittel um rund 1,4 Millionen € erhöhen. 2008 haben wir darüber hinaus einmalig rund 3,6 Millionen € zusätzlich bereitgestellt. Mit diesem Mehrbetrag konnte die Bugwelle aus der Vergangenheit nahezu beseitigt werden. 2009 werden von der Landesregierung rund 90 Millionen € an Mitteln nach dem Weiterbildungsgesetz bereitgestellt. Hinzu kommen wie in den letzten Jahren 12 Millionen € aus dem Europäischen Sozialfonds.

Meine Damen und Herren, ich könnte diese Erfolgsgeschichte fortsetzen und noch einige Male sagen: Versprechen gehalten! Der Einzelplan 05 belegt die Entschlossenheit der Landesregierung. Wir stehen zu Schülerinnen und Schülern, zu Lehrerinnen und Lehrern. Wir stehen für die Zukunft. Mit diesem Haushaltsplan haben wir alle Voraussetzungen geschaffen, um optimistisch zu sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Recker das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schäfer, nur eine Bemerkung: Von einem solchen Etat haben Sie nur geträumt.

(Beifall von CDU und FDP)

Mein oberstes Ziel und auch das Ziel der Koalition ist es, dass es nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängig ist, ob junge Menschen eine Chance haben. Und genau das aber war das Fazit Ihrer Politik. PISA hat deutlich gemacht, dass in keinem anderen Bundesland die Chancen der jungen Menschen so vom Portemonnaie der Eltern abhängig waren, wie es hier bei Ihrer Politik der Fall war.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Bezüglich des Themas „mehr Chancen“ möchte ich nur auf einen Punkt hinweisen, nämlich auf den Ganztagsbereich, und zwar insbesondere unter zwei Aspekten, nämlich zum einen „mehr Zeit für Kinder, mehr Zeit für junge Menschen“, zum anderen „bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Endlich erhalten auch die Schulformen die Möglichkeit, Ganztagschule zu werden, die jahrelang außen vor standen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt unter dem Aspekt, allen jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen mehr Chancen zu geben. Ich zitiere aus dem Haushaltsentwurf:

Ab dem Haushaltsjahr 1993 bis zum ersten Nachtragshaushalt 2005 der Vorgängerregierung berücksichtigte die Stellenveranschlagung für Ganztagschulen ausschließlich den Ausbau bestehender und nicht die Errichtung neuer Ganztagschulen. Hiervon waren lediglich Gesamtschulen ausgeschlossen, deren Neugründung auch nach 1993 bis 2005 regelmäßig als Ganztagschule erfolgte.

So sah Chancengerechtigkeit unter Rot-Grün aus. Damit machen wir Schluss!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Unser Handeln hat eine Gesamtlinie. Das beginnt bei der frühkindlichen Bildung. Die Mittel für den U-3-Bereich – das wissen Sie – haben wir von 2,8 % auf 20 % erhöht, damit diese Kinder eine Chance erhalten. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die Kinder, die in die Schule kommen, die deutsche Sprache beherrschen müssen. Hierfür haben wir mit den Sprachstandsfeststellungen die Voraussetzung geschaffen. Ich hatte dies bereits 2003 gefordert. Damals wurde ich noch als ausländerfeindlich bezeichnet. Heute weiß jeder, dass es anders überhaupt nicht möglich ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Nun einige wenige Fakten: Am 1. August 2005 gab es knapp 1.400 Grundschulen im offenen Ganztagsbetrieb. Am 1. August werden es fast 3.000 sein. Wir haben also die Anzahl mehr als verdoppelt.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Schülerzahl ist von knapp 70.000 auf 183.000 gestiegen, jetzt noch einmal um 20.000. Schon bald werden wir die angestrebte Zahl von 205.000 erreichen. Fast 30 % der Grundschülerinnen und Grundschüler haben dann einen Ganztagsplatz. Davon haben Sie nur geträumt.

(Beifall von CDU und FDP – Carina Gödecke [SPD]: Das ist wie bei Ricola: Wer hat es erfunden?)

Auch im Bereich der weiterführenden Schulen haben wir gearbeitet. Endlich haben auch die anderen Schulformen die Chance, die sie seit Jahren verdient haben. Sie kennen unser Paket: Wir haben hierfür 175 Millionen € angesetzt, damit endlich auch Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien die Chance bekommen, die sie in der heutigen Zeit benötigen. Hiermit werden wir fortfahren.

Lassen Sie mich abschließend auf die Hauptschule eingehen. Mit diesem Haushalt hat fast jede zweite Hauptschule die Möglichkeit, als Ganztagsbetrieb zu laufen. Ich sage es noch einmal: Es war pädagogisch und sozial unverantwortlich, dass Sie gerade dieser Schule diese Chance nicht gegeben haben, insbesondere vor dem Hintergrund der Arbeit, die dort geleistet wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit der Qualitätsoffensive Hauptschule haben wir unter anderem das berufsbildende Profil dieser Schule verstärkt. Anhand der Anmeldezahlen steht fest, dass die Schülerzahlen dort, wo man den Hauptschulen diese Chancen gibt, steigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss.

Frau Beer, ich persönlich ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Bernhard Recker (CDU): Ich bin sofort fertig.

... habe jahrelang mit Leidenschaft in dieser Schulform gearbeitet. Aber was Sie hier an Propaganda gegen diese Schulform veranstalten, hat mit fairer Auseinandersetzung nichts mehr zu tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sage dies ganz deutlich, zumal feststeht, dass Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, aus

allen möglichen Kreisen sagen: Bitte, wir wollen diese Schule. Wir wollen diese Schule, wir wollen diese Schüler.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Recker!

Bernhard Recker (CDU): Sie hingegen sprechen von einem toten Pferd. Es ist armselig, Frau Beer, was Sie hier machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen allen Schulen eine Chance geben, allerdings ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Recker, Ihre Redezeit ist jetzt beendet!

Bernhard Recker (CDU): ... unter gleichen Bedingungen. Das ist unser Weg, und hierfür haben wir einen hervorragenden Ansatz gefunden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man hier die Haushaltsreden von Ute Schäfer und Sigrid Beer hört, dann weiß man, warum sie öffentlich immer für ein längeres gemeinsames Lernen eintreten: Sie haben es angesichts der geringen Substanz ihres Vortrags wirklich bitter nötig.

(Beifall von FDP und CDU)

Eine einzige Sache war richtig: Sie von der Opposition haben gesagt, dass wir zwar viele Stellen zusätzlich in den Haushaltsplan einstellen würden, dass aber ein Teil dieser Stellen in der Schulpraxis nicht ankäme. – Warum kommt ein Teil nicht an? – Mehrere Hundert Stellen, die wir in diesem Haushalt neu finanzieren, kommen tatsächlich nicht für Unterrichtszwecke an. Diese dienen nämlich der Rückzahlung Ihrer Hypothek über Vorgriffsstunden.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben in früheren Zeiten nicht das Geld zur Verfügung gestellt, um in der letzten Legislaturperiode den gesetzlich vorgeschriebenen Unterricht zu erteilen. Deshalb müssen wir jetzt mehrere Hundert Stellen im Äquivalent finanzieren, damit die Kosten für die Vorgriffsstunden zurückgezahlt werden. Obwohl wir diese Stellen heute in der Tat aus diesem Haushalt finanzieren, stehen sie in diesem Schuljahr nicht zur Verfügung.

Trotzdem haben wir 7.000 Stellen netto mehr. In Deutschland gibt es kein anderes Bundesland, das diesen Aufwuchs an Ressourcen verzeichnet, und das könnten Sie gerade im Hinblick auf den innerdeutschen Vergleich sehr wohl einmal würdigen.

Frau Beer, wenn Sie sich hier über ideologische Schulpolitik äußern, bekommt man wirklich einen Lachkrampf. Wenn man sieht, mit welcher kulturellen Abneigung Sie nahezu jede Landtagsdebatte nutzen, um noch einmal all Ihre Abneigungen gegen Hauptschüler deutlich zu machen, mit welchem Vokabular Sie über die Schüler reden, die das gegliederte Schulsystem besuchen, dann frage ich mich, ob das wirklich ideologiefrei ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Uns liegt jeder Schüler am Herzen – jeder Hauptschüler, jeder Realschüler, jeder Gymnasiast und natürlich auch jeder Gesamtschüler. Deshalb setzen wir uns ja für eine dringend notwendige Qualitätsverbesserung auch in der Gesamtschule ein.

Sie, Frau Beer, reden hier über Ideologie und Ganztags. Dazu sage ich Ihnen: Wir in der Koalition der Erneuerung wollen Ganztags und nicht Zwangstags. Wir wollen, dass die Eltern die freie Auswahl haben. Wir richten uns danach, ob die Eltern – weil es zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert – längere Unterrichtsangebote, mehr Förderung auch im Bereich des Nachmittags möchten oder ob sie wollen, dass ihre Kinder im klassischen Halbtagsbetrieb bleiben. Unser Motto lautet „Ganztags statt Zwangstags“, und dafür finanzieren wir neue Ressourcen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie haben zu Ihrer Regierungszeit jahrelang jeder Realschule und jedem Gymnasium den Ganztagsausbau verwehrt, obwohl es vor Ort Bedarf gab. Sie haben das Geld nur in die Gesamtschulen gesteckt. Das war Ihre ideologische Schulpolitik, nicht unsere!

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Ralf Witzel (FDP): Deshalb, Herr Präsident, komme ich zu meiner allerletzten Bemerkung.

Frau Beer, Sie haben den Begriff „Zwangsschulzeitverkürzung“ in den Mund genommen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Genau!)

Sie haben mit uns – zum Glück – in der letzten Legislaturperiode gemeinsam die Schulzeitverkürzung beschlossen.

(Widerspruch von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie haben es aber nicht konzeptionell unterlegt. Und weil Sie keinerlei Hausaufgaben gemacht haben, durften wir zu Beginn dieser Legislaturperiode alles aufarbeiten, was Sie versäumt haben.

(Zuruf von Sigrig Beer [GRÜNE])

Wir sind auf dem richtigen Weg. Wo nachgesteuert werden muss, werden wir das tun.

(Zuruf von Sigrig Beer [GRÜNE])

Aber wir werden die Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich von Nordrhein-Westfalen weiterhin so fortsetzen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Schäfer das Wort. Und Sie, Frau Beer, haben leider keine Redezeit mehr.

(Beifall von CDU und FDP – Sigrig Beer [GRÜNE]: Ich habe 15 Sekunden!)

– 15 Sekunden? – Na gut.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich würde anstelle der Koalitionsfraktionen den Mund nicht so voll nehmen, Herr Witzel.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Das Modell der Schulzeitverkürzung,

(Helmut Stahl [CDU]: Minus 16.000 Lehrer!)

das wir eingeführt hatten, hatte einen gravierenden Unterschied zu Ihrem: Wir wollten eine Flexibilisierung nach zwölf und nach 13 Jahren. Sie haben die Schulzeitverkürzung in die Sekundarstufe I getragen, und zwar mit all den Problemen, die sich jetzt in ganz Nordrhein-Westfalen auftun.

Ein zweiter Punkt. Sie blasen sich hier auf und protestieren gegen die Vorgriffsstellen, die wir eingeführt haben. Haben Sie das einmal mit der CDU besprochen? Was hat die denn gesagt? – Ich habe hier einen Antrag der CDU aus der letzten Legislaturperiode vorliegen, vom 02.05.1996 – sogar aus der vorletzten.

(Lachen und Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

– Warten Sie doch erst einmal ab. – Er ist von Herrn Recker unterschrieben. Er erwartet, dass die Regierung die Vorgriffseinstellungen um weitere 1.000 Stellen erhöht. Das hat die CDU seinerzeit gefordert, und Sie stellen sich jetzt hier hin und sagen, das sei alles grober Unfug.

(Beifall von der SPD)

Dann müssen Sie sich einmal eine eigene Meinung bilden

(Bernhard Recker [CDU]: Dann müssen Sie den ganzen Antrag lesen!)

und das vielleicht einmal untereinander abstimmen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie leben noch im letzten Jahrtausend!)

Eines ist aber ganz besonders bemerkenswert in dieser Debatte: Kein Redner der Koalitionsfraktionen – auch nicht die Ministerin – ist auf die strukturellen Lücken in ihrem Haushaltsplan eingegangen. Ich zeige Ihnen noch einmal die Seite 338.

(Die Rednerin hält ein Schriftstück hoch.)

Oben steht: Die Schulen sind zu 104 % ausgestattet. – Und hier, zwei Absätze tiefer, schreiben Sie: 4.300 Lehrerstellen fehlen im System.

Keiner hier hat auf diese Frage eine Antwort gegeben, und keiner hat mir eine Antwort darauf gegeben, wie Sie denn die kleinen Klassen mit der 24er-Grundgröße versorgen wollen. Auch dafür fehlen 2.000 Lehrer.

(Helmut Stahl [CDU]: Minus 16.000 Lehrer!)

Dann, meine Damen und Herren, schauen wir uns einmal die Seite 22 an; das ist sehr aufschlussreich.

(Zurufe von CDU und FDP)

– Ja, das wollen Sie nicht hören. Ich rede über den Haushalt. Sie reden über Wolkenkuckucksheime. – Da steht: 6.915 Lehrerstellen sind neu zu schaffen.

Da steht aber auch drin, dass von diesen 6.915 Lehrerstellen 3.200 in den Ganztags gehen – neuer Bedarf, neue Lehrerstellen, in Ordnung. Da steht auch drin, dass 900 Stellen Vertretungsreserve für die Grundschule eingerechnet werden. Wenn man aber eine Lupe in die Hand nimmt, dann kann man sehen, dass Sie diese 900 Stellen mit Geld geschaffen haben, das Sie aus der Regierungszeit davor vorgefunden haben.

(Zurufe von CDU und FDP – Unruhe)

Sie haben es nämlich nur umgewandelt.

(Zurufe von CDU und FDP – Anhaltende Unruhe – Glocke)

Dann haben wir schon einmal 4.000 Stellen.

(Zurufe von CDU und FDP)

– Wollen Sie nicht zuhören?

(Zurufe von CDU und FDP – Zuruf: Aufhören!)

Ich habe Zeit. Herr Präsident, halten Sie die Redezeit bitte an. – Danke.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Edgar Moron: Liebe Kollegen, ich muss schon sagen, Ihr Verhalten da unten irritiert mich ein bisschen.

(Beifall von der SPD)

Ute Schäfer (SPD): Danke, Herr Präsident, mich auch.

Vizepräsident Edgar Moron: Wir können doch wohl erwarten, dass Sie einander zuhören. Das erwarten Sie doch genauso von der Opposition, wenn Sie hier vorne am Pult stehen. Ich bitte Sie, wenigstens die Grundformen des höflichen Umgangs miteinander zu pflegen.

(Beifall von der SPD)

Ute Schäfer (SPD): Ich bedanke mich, Herr Präsident. – Das zeigt durchaus auch die Nervosität an der Stelle.

(Lachen von der FDP)

Ich wollte Ihnen einfach nur einmal Ihre eigene Zahl widerlegen. Es ist klar, dass Sie das nicht hören wollen.

Noch einmal: 6.915 minus 3.200 für den Ganztags sind schon einmal rund 3.700. Rechnen Sie noch einmal 900 runter, die Sie gar nicht selber gestellt haben. Dann sind es noch 2.800. Das sind angeblich Ihre 4.000 Stellen, die Sie gegen Unterrichtsausfall und für zusätzliche Förderung schaffen. Mehr bleibt erst einmal gar nicht davon übrig.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So ist der ganze Haushalt gestrickt!)

Wenn wir uns dann noch an das Jahr 2005 erinnern: Da hat der Finanzminister 1.000 Stellen nur bewilligt, weil es angeblich mehr Schüler gab. Dann bleiben rund 1.800 Stellen. Was ist nun mit Ihrer Seifenblase von 4.000? – Ich sage Ihnen: Sie ist zerplatzt.

(Beifall von der SPD)

Darum haben wir Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen. Darum ist es kein Wunder, dass sich alle beschweren und sich auch bei uns darüber beschweren, dass sie keinen Unterricht nach Grundversorgung geben können. Sie können ihn nicht leisten, weil Sie diesen Haushalt wirklich als Luftnummer konstruiert haben.

(Lachen von der FDP)

Die Wirklichkeit wird Sie aber einholen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Jetzt hat Frau Beer noch einmal um das Wort gebeten. Da die Redner der Regierungsfractionen auch ihre Redezeit überzogen haben, gebe ich Ihnen eine Minute, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Dann habe ich Zeit, den Präsidenten zu begrüßen und ihm zu danken.

Zwangsschulzeitverkürzung in der Sek I und damit de facto Zwangsganztags für alle Schülerinnen und Schüler am Gymnasium in der Sekundarstufe I, ohne Ressourcen, ohne Plan – das haben Sie zu verantworten!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese Verantwortung werden Sie nicht mehr los.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin Sommer, bitte schön. Sie haben auch noch Redezeit.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst in kurzen Anmerkungen zu dem, was wir heute Morgen hier gehört haben, an meine Vorgängerin im Amt, Frau Schäfer, wenden. Frau Schäfer, wie verzweifeln Sie sein?

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Ach Gott, Frau Sommer! Das sollten Sie doch nicht fragen! – Britta Altenkamp [SPD]: Das denke ich jedes Mal, wenn ich Sie reden höre!)

Sie halten sich auf am Gestrigen. Sie breiten wieder aus, was wir schon längst wissen, was wir schon längst aufgeklärt haben. Sie hoffen, dass sich irgendjemand dafür interessiert. Ich rate Ihnen jetzt als Ihre Nachfolgerin: Aktualisieren Sie einfach einmal Ihre Kenntnisse.

(Beifall von der CDU)

Lesen Sie zum Beispiel einmal in den neuesten Umfragen, wo Sie stehen und wo wir stehen. Wenn Ihnen das jetzt keiner zuflüstert, dann tue ich das. Das steht nämlich heute in der „Aachener Zeitung“:

Selbst beim Streitthema Schule wird allen öffentlichen Diskussionen zum Trotz den Regierungsparteien mehr zugetraut als Rot-Grün:

(Beifall von CDU und FDP)

Für 47 Prozent macht die Landesregierung, für 39 Prozent die Opposition die bessere Schulpolitik.

Das muss man ja auch einmal sagen.

Frau Schäfer, Sie sprechen von der Kienbaum-Lücke. Diese Kienbaum-Lücke gibt es genau genommen seit 1991.

(Ute Schäfer [SPD]: Da waren es 17.000 Stellen!)

Sie hatten 14 Jahre Zeit, diese zu beseitigen. Wir können in dreieinhalb Jahren nun weiß Gott nicht alle Ihre Erblasten beseitigen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Im Übrigen haben wir gerade – das haben Sie auch angesprochen – für kleine Hauptschulklassen im letzten Haushalt ausdrücklich 204 Stellen geschaffen.

(Ute Schäfer [SPD]: Aber 2.000 fehlen!)

Also auch da darf man sich nicht beklagen.

(Ute Schäfer [SPD]: Wo sind denn die restlichen 1.800?)

Ich erinnere Sie gerne noch einmal, da Sie ja immer von Luftnummern oder von Seifenblasen oder wie auch immer sprechen – das ist ja auch ein schönes Bild, aber für Sie ist offensichtlich die Seifenblase schon zerplatzt –, an Ihre Ansage als Ministerin im Jahr 2004. So lange ist das ja noch nicht her. Da steht zu lesen:

Da die Schülerzahlen ab 2008/2009 spürbar zurückgingen, seien aber keine neuen Planstellen nötig, stellte Schäfer klar. Mit dem Finanzminister sei aber Einvernehmen hergestellt worden, dass bis 2013 statt der von ihm vorgesehenen Einsparungen von insgesamt 28.000 Jahresstellen höchstens 16.000 gestrichen werden könnten.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Wenn Sie dann noch einen Ratschlag annehmen wollen – das möchte ich jetzt hier nicht ausführen, aber Ihnen als kleine Hausaufgabe mitgeben –, dann studieren Sie einmal den Unterschied zwischen Vorgriffsstunde und Vorgriffseinstellung.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte in der letzten Minute gerne auch noch auf Frau Beer eingehen. – Frau Beer, das ist schon auch ein Stück weit bedrückend, wenn wir die Besetzungssituation unserer Berufskollegs sehen. Das sehe ich auch so. Aber an dieser Stelle muss ich wirklich auch sagen: Lehrerinnen und Lehrer fallen nicht vom Himmel.

(Beifall von der CDU)

Sie brauchen eine Zeit – und das ist mehr als dreieinhalb Jahre –, bis sie im System angekommen sind. Wir haben, gerade was die Berufskollegs angeht, eine deutliche Konkurrenz zur Wirtschaft.

Ich weiß nicht genau, wie Sie auf die Zahl 2.000 Lehramtsanwärter kommen. Wir rechnen mit 4.500 zum 01.02.2009. Ich glaube nicht, dass von diesen Referendaren 2.000 oder 3.000 durchfallen. – So weit, so gut.

Meine Damen und Herren, ich habe meine Rede vorhin mit Worten beendet, die ich jetzt gern wiederhole. Wir haben alle Anstrengungen unternommen, um 2009 zu einem sehr erfolgreichen Jahr und Haushalt zu machen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen, die Sie dazu beigetragen haben.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist beendet.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Lassen Sie uns optimistisch sein, wir werden das hinkriegen! – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. – Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung.

Wir stimmen ab über die Änderungsanträge zum Einzelplan 05. Als Erstes stimmen wir über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8426** ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8427**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionsstimmen **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8428**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8429** ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser Änderungsantrag mit der

Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8430**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Grünen, die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8431**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8432**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8433**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8434**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8435**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Der Abgeordnete Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8436**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Der Abgeordnete Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8437**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Der Abgeordnete Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Letzter Antrag ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8438**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, jetzt müssen wir noch über den Einzelplan 05 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8005** abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Grüne und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 05 beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich weise darauf hin, dass es hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8911 und Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gibt.

Ich eröffne die Beratung zum

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung

und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Schmeltzer das Wort. Bitte schön.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! „The same procedure as every year“, könnte man sagen. Damit meine ich nicht die zweite Lesung, sondern vielmehr das, was wir bisher erlebt haben, was wir mit dem Haushalt 2009 und – das droht sich zu zeigen – mit der Untätigkeit des Arbeitsministers erleben, die gepaart mit hochmütiger Selbstzufriedenheit in diesem Landtag Ihresgleichen sucht.

Was tut denn der Arbeitsminister? Er arbeitet sich insbesondere immer wieder an Berlin ab und hechelt nach der Schlagzeile. Hierbei steht er in ständigem Wettbewerb mit seinem Kollegen Verkehrs-